

Für einen umfassenden und effektiven Opferschutz

Vorschlag der Geschäftsleitung zu Handen der Mitgliederversammlung vom 31. August 2024 in Murten

Opferschutz, Gewaltprävention und Gleichberechtigung retten Leben.

Zwanzig Frauen und Mädchen wurden 2023 gemäss der polizeilichen Kriminalstatistik im häuslichen Bereich getötet. Zu weiteren Feminiziden ausserhalb des häuslichen Kontextes gibt es in der Schweiz keine offiziellen Zahlen. Tötungsdelikte mit Bezug auf das Geschlecht sind keine Ausrutscher und keine Einzelfälle. Sie sind eingebettet in strukturelle Gewalt gegen Frauen, trans und non-binäre Personen und patriarchale Machtverhältnisse. Und sie sind das Resultat politischen Versagens im Bereich Opferschutz, Gewaltprävention und Gleichberechtigung. **Die SP Frauen rufen Bund und Kantone dazu auf, die Bekämpfung geschlechtsbezogener, häuslicher und sexualisierter Gewalt endlich als politische Priorität einzustufen.**

Fehlende Schutzplätze sind ein Armutszeugnis für die Schweiz.

Die Frauenhäuser sind am Limit. Immer wieder treten Engpässe bei der Bereitstellung von Schutzplätzen in Frauenhäusern auf. Im Juni 2024 hat die Dachorganisation Frauenhäuser Schweiz und Lichtenstein (DAO) Alarm geschlagen: Die Mehrheit der Frauenhäuser seien vollständig ausgelastet und der Schutz von Gewaltbetroffenen gefährdet. Unzureichende Schutzmassnahmen können tödliche Folgen haben. Die aktuelle Situation ist inakzeptabel. In der Schweiz gibt es nur 216 Familienzimmer, das sind 0,24 Familienzimmer pro 10'000 Einwohner:innen.¹ Somit unterschreitet die Schweiz das vom Europarat empfohlene Angebot von einem Familienzimmer pro 10'000 Einwohner:innen massgeblich.² **Die SP Frauen fordern die Kantone mit Nachdruck dazu auf, genügend Schutzplätze für Gewaltbetroffene zu schaffen und die Finanzierung der Schutzunterkünfte nachhaltig zu sichern.**

Es braucht dringend Lösungen für die Geldnot bei den Beratungsstellen der Opferhilfe.

In den vergangenen Jahren haben wir wichtige Fortschritte im Bereich Sensibilisierung und Gewaltprävention gemacht. Zeitgleich ist die Anzahl Opferberatungen pro Jahr massiv gestiegen. Immer mehr Gewaltbetroffene finden den Weg zu den Beratungsstellen der Opferhilfe. Doch den wichtigen Fortschritten im Bereich der Sensibilisierung stehen grosse Lücken in der Finanzierung gegenüber. In vielen Kantonen fehlen bei Beratungsstellen der Opferhilfe die finanziellen Ressourcen, um die gestiegene Nachfrage aufzufangen. Die Fachpersonen berichten von Überlastung, Zeitdruck und unvermeidbaren Qualitätseinbussen bei Beratungen und Betreuung. Ohne ausreichende finanzielle Ressourcen können Beratungsstellen ihren gesetzlichen Auftrag gemäss Opferhilfegesetz (OHG) und Istanbul-Konvention (IK) nicht erfüllen. Die Geldnot bei den Beratungsstellen gefährdet Gewaltbetroffene direkt und indirekt. **Die SP Frauen fordern Bund und Kantone dazu auf, Lösungen gegen die Geldnot in der Opferhilfe zu erarbeiten und die Finanzierung der Beratungsstellen der Opferhilfe nachhaltig zu sichern.**

Zugang zu Beratungsstellen und Schutzunterkünften für Betroffene von mehrfacher Diskriminierung weiterhin erschwert.

Die Lebensrealitäten von Gewaltbetroffenen sind sehr unterschiedlich. Aus internationalen Studien wissen wir, dass LGBTQIA+, Menschen mit Behinderungen, geflüchtete Personen, migrantische Personen und rassifizierte Personen ein erhöhtes Risiko haben, Opfer von Gewalt zu werden. Es ist essenziell, dass die Unterstützungsangebote für alle Gewaltbetroffenen zugänglich sind und die Fachpersonen sensibilisiert und ausgebildet werden im Umgang mit unterschiedlichen Zielgruppen und intersektionaler Diskriminierung. **Die SP Frauen fordern ausreichende finanzielle Ressourcen und Massnahmen, um Beratungsstellen und Schutzunterkünfte schweizweit für alle Gewaltbetroffenen niederschwellig und diskriminierungsfrei zugänglich zu machen.**

¹ Siehe DAO (2024), [Jahresbericht 2023](#).

² Siehe [Erläuternder Bericht zur Istanbul-Konvention](#), Artikel 135.

Die SP Frauen kämpfen für eine Gesellschaft frei von Gewalt.

Häusliche, sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt gehören in der Schweiz zum Alltag. Jeden Tag lassen sich durchschnittlich 100 Gewaltbetroffene bei Opferhilfestellen beraten. Drei von vier der beratenen Personen sind weiblich. Vier von fünf Tatpersonen sind männlich.³ Wie viele Menschen insgesamt in der Schweiz von häuslicher, sexualisierter und geschlechtsbezogener Gewalt betroffen sind, lässt sich nur erahnen. Wir wissen, dass sich die grosse Mehrheit keine Unterstützung holt. Gemäss dem Swiss Crime Survey 2022⁴ hatten nur 13.7% der Vergewaltigungsoffer Kontakt zu einer Beratungsstelle. Die Zahlen weisen auf einen sehr grossen Handlungsbedarf bezüglich der Zugänglichkeit und Bekanntheit der Unterstützungsangebote hin.

Die SP Frauen fordern von Bund und Kantonen Bemühungen, um die Unterstützungsangebote in der gesamten Bevölkerung bekannt zu machen und den Zugang für alle Gewaltbetroffenen sicherzustellen. Alle Betroffenen von häuslicher, sexualisierter und geschlechtsbezogener Gewalt sollen in der Schweiz angemessenen Schutz und Unterstützung erhalten.

Die SP Frauen Schweiz setzen sich mit aller Kraft dafür ein, diese Ziele zu erreichen. In den nächsten Jahren werden wir unsere Ressourcen und Energien auf allen Ebenen mobilisieren, um für den umfassenden Schutz von Gewaltbetroffenen zu kämpfen. Ein erster Schritt ist die Demonstration zum Auftakt der 16 Tage gegen Gewalt an Frauen vom 23. November 2024 in Bern!

³ Siehe BFS 2023, [Opferhilfestatistik 2022](#).

⁴ Siehe ZHAW 2023. [Swiss Crime Survey 2022](#).